



Memorandum

Perspektiven schaffen – Schulen ohne Gefährdung für alle zugänglich machen!

Schule ist ein elementarer Lebensraum für Kinder und Jugendliche sowie ein wichtiger Bildungs- und Kommunikationsort. Nach dem Ende der Winterferien müssen deshalb alle Schüler*innen nach dann zwei Monaten coronabedingter Schulschließungen wieder die Möglichkeit erhalten, ihre Schule – u.U. in kleineren Gruppen – zu besuchen und sich – unter Wahrung aller Vorsichtsmaßnahmen für Schüler*innen und Beschäftigte – zu treffen und auszutauschen. Die Lern- und Arbeitsprozesse und das soziale Miteinander in den Schulen müssen wieder mehr Raum bekommen. Für die Schritte des Übergangs müssen Inzidenzwerte festgelegt werden, die sich an den Veröffentlichungen des RKI orientieren, damit dieser Prozess für alle Beteiligten planbar wird.

Bildungsungerechtigkeit verhindern – jeder einzelne Tag zählt!

Durch die höchst unterschiedlichen Voraussetzungen für das Distanzlernen in den Schulen und in den Familien nimmt mit fortschreitender Dauer der Komplettschließungen die Bildungsungerechtigkeit mit jedem Tag zu. In den Familien, vor allem bei Alleinerziehenden, wachsen Stress und Spannungen, da Homeschooling und berufliche Anforderungen kaum noch vereinbar sind. Schüler*innen, die besonderer Förderung und Hilfe bedürfen, müssen jetzt dringend in den Fokus gerückt werden. Dafür werden, neben den Lehrkräften, mehr denn je auch pädagogische Mitarbeiter*innen, Sozialarbeiter*innen und weitere geeignete Unterstützer*innen benötigt.

Sofern das Infektionsgeschehen den vollständigen Regelunterricht für alle Schüler*innen verhindert, muss der Schulbesuch durch Wechselunterricht oder – soweit dafür die Voraussetzungen bestehen – durch Teilpräsenzunterricht mit Video-Zuschaltung (Hybrid-Unterricht) gewährleistet werden. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen ohne weitere bürokratische Hürden hat deshalb unbedingten Vorrang. Beim schrittweisen Übergang zum Präsenzunterricht müssen die Klassen der flexiblen Schuleingangsphase an den Grundschulen und die Abschluss- und Vorabschlussklassen der weiterführenden Schulen vorrangig berücksichtigt werden.

Gesundheitsschutz hat Priorität

Um eine Ausbreitung von Infektionen zu verhindern, sind für die Beschäftigten regelmäßig und für die Schüler*innen stichprobenartig Schnelltests durch fachkundiges Personal sicherzustellen. Die Schulen müssen mit ausreichenden Beständen an FFP2-Masken versorgt werden, damit jederzeit alle Beschäftigten der Schulen und alle Schüler*innen die vorgeschriebenen Hygieneregeln sicher einhalten können. Es müssen alle Anstrengungen unternommen

werden, um den Beschäftigten der Schulen so schnell wie möglich ein Impfangebot zu unterbreiten.

Viele können helfen – zusätzliche Unterstützung für die Schulen!

Um allen Schüler*innen wieder einen regelmäßigen Schulbesuch zu ermöglichen, muss das verfügbare Personal in den Schulen verstärkt werden. Dies ist insbesondere erforderlich, um, neben dem Wechselunterricht, auch eine Notbetreuung anzubieten. Für die Verstärkung der Schulkollegien könnten Personengruppen zur Verfügung stehen, die durch die Eindämmungsmaßnahmen vorübergehend ohne Beschäftigung sind und die kurzfristig angesprochen und gewonnen werden müssen. Dazu zählen u. a. Studierende, Kulturschaffende und andere Soloselbständige, Inklusionshelfer*innen sowie Mitarbeiter*innen in Familien- und Jugendbildungsstätten oder in Mehrgenerationenhäusern. Die Schulen sollen unkompliziert Vereinbarungen mit Trägern oder Honorarverträge abschließen können, um schnell und flexibel zu handeln. Die dafür bereitzustellenden finanziellen Mittel sollen auch dafür genutzt werden, um – nach den Möglichkeiten vor Ort – weitere Räume anzumieten.

Lernen ist wichtiger als Prüfen!

Nach den Schulschließungen ist Lernen jetzt wichtiger als Prüfen. Auf Klassenarbeiten und deren besondere Gewichtung soll in diesem Schuljahr verzichtet werden, Rückmeldungen über Lernfortschritte sind auf vielen Wegen möglich. Bei den Versetzungsentscheidungen soll den Lehrkräften ein weiter Spielraum eingeräumt werden, damit sie der Situation jeder Schülerin und jedes Schülers gerecht werden können. Für die Schüler*innen der Abschlussklassen müssen faire Bedingungen für die zentralen schriftlichen Prüfungen geschaffen werden. Dazu zählen, neben der Verlängerung der Lernzeit durch eine Verschiebung des Prüfungszeitpunktes, vor allem längere Bearbeitungszeiten in den Prüfungen und eine größere Breite an Wahlaufgaben.

Allen unseren Kindern und Jugendlichen müssen nach den Einschnitten Perspektiven eröffnet werden. Dafür muss die Politik jetzt die Abläufe für das zweite Schulhalbjahr verantwortungsvoll planen, um den Gesundheitsschutz zu gewährleisten und vor allem Verlässlichkeit für Bildung und Betreuung für alle Schüler*innen sicher zu stellen.

Magdeburg, 29. Januar 2021

Unterzeichner*innen:

Landeschülerrat Sachsen-Anhalt (LSR)
Deutscher Gewerkschaftsbund – Landesbüro Sachsen-Anhalt (DGB)
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (GEW)
Verband Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt (VBE)
Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt